

# BUNDESGESETZBLATT

## FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1995

Ausgegeben am 19. Jänner 1995

24. Stück

- 64. Kundmachung:** Geltungsbereich des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT)
- 65. Kundmachung:** Beendigung der pragmatischen Weiteranwendung des Abkommens zwischen dem Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie und dem Bundesminister für Finanzen der Republik Österreich einerseits und dem Bundessekretariat für Außenhandel der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien andererseits über die Anerkennung von Zeugnissen über den Ursprung und die handwerkliche Herstellung von Waren für Zwecke der zollfreien oder zollermäßigten Einfuhr nach Österreich im Verhältnis zur Republik Bosnien-Herzegowina, zur Republik Kroatien, zur ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien und zur Republik Slowenien
- 66. Kundmachung:** Kündigung des Abkommens zwischen dem Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie und dem Bundesminister für Finanzen der Republik Österreich einerseits und dem Minister für Entwicklung von Malta andererseits über die Anerkennung von Zeugnissen über den Ursprung und die handwerkliche Herstellung von Waren zum Zwecke der zollfreien oder zollermäßigten Einfuhr nach Österreich
- 67. Vereinbarung** zwischen den zuständigen Behörden der Republik Österreich und des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nordirland über die Kostenerstattung im Bereich der Sozialen Sicherheit

### **64. Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend den Geltungsbereich des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT)**

Nach Mitteilungen des Generaldirektors des GATT sind folgende weitere Staaten auf Grund der Erklärung gemäß Art. XXVI Abs. 5 lit. c Vertragspartei des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) (BGBl. Nr. 254/1951 idF BGBl. Nr. 86/1958 und 250/1966, letzte Kundmachung des Geltungsbereichs BGBl. Nr. 379/1994) geworden:

Staaten:	Vertragspartei mit Wirksamkeit vom:
Bahrain	15. August 1971
Guinea	2. Oktober 1958

Vranitzky

### **65. Kundmachung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten und des Bundesministers für Finanzen betreffend die Beendigung der pragmatischen Weiteranwendung des Abkommens zwischen dem Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie und dem Bundesminister für Finanzen der Republik Österreich einerseits und dem Bundessekretariat für Außenhandel der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien andererseits über die Anerkennung von Zeugnissen über den Ursprung und die handwerkliche Herstellung von Waren für Zwecke der zollfreien oder zollermäßigten Einfuhr nach Österreich im Verhältnis zur Republik Bosnien-Herzegowina, zur Republik Kroatien, zur ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien und zur Republik Slowenien**

Auf Grund des § 2 Abs. 2 des Bundesgesetzes über das Bundesgesetzblatt 1985, BGBl. Nr. 200, wird kundgemacht:

Die pragmatische Weiteranwendung des Abkommens zwischen dem Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie und dem Bundesminister für Finanzen der Republik Österreich einerseits und dem Bundessekretariat für Außenhandel der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien ande-

rerseits über die Anerkennung von Zeugnissen über den Ursprung und die handwerkliche Herstellung von Waren zum Zwecke der zollfreien oder zollermäßigten Einfuhr nach Österreich [BGBl. Nr. 300/1975\*)] wird im Verhältnis zur Republik Bosnien-Herzegowina, zur Republik Kroatien, zur ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien und zur Republik Slowenien mit dem Inkrafttreten des Staatsvertrages über den Beitritt der Republik Österreich zur Europäischen Union beendet.

Schüssel            Lacina

**66. Kundmachung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten und des Bundesministers für Finanzen betreffend die Kündigung des Abkommens zwischen dem Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie und dem Bundesminister für Finanzen der Republik Österreich einerseits und dem Minister für Entwicklung von Malta andererseits über die Anerkennung von Zeugnissen über den Ursprung und die handwerkliche Herstellung von Waren zum Zwecke der zollfreien oder zollermäßigten Einfuhr nach Österreich**

Auf Grund des § 2 Abs. 2 des Bundesgesetzes über das Bundesgesetzblatt 1985, BGBl. Nr. 200, wird kundgemacht:

Das Abkommen zwischen dem Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie und dem Bundesminister für Finanzen der Republik Österreich einerseits und dem Minister für Entwicklung von Malta andererseits über die Anerkennung von Zeugnissen über den Ursprung und die handwerkliche Herstellung von Waren zum Zwecke der zollfreien oder zollermäßigten Einfuhr nach Österreich (BGBl. Nr. 42/1976) wurde gemäß seinem Artikel 5 von Österreich mit Note vom 5. Juli 1994 gekündigt und tritt gemäß derselben Bestimmung mit Ablauf des 29. Jänner 1995 außer Kraft.

Schüssel            Lacina

**67.**

**VEREINBARUNG**

**ZWISCHEN DEN ZUSTÄNDIGEN BEHÖRDEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHES VON GROSSBRITANNIEN UND NORDIRLAND ÜBER DIE KOSTENERSTATTUNG IM BEREICH DER SOZIALEN SICHERHEIT**

Unter Bezugnahme auf Artikel 36 Absatz 3 und Artikel 63 Absatz 3 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 und auf Artikel 105 Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 574/72

in der Erwägung, die Abrechnung zwischen den Trägern der beiden Vertragsstaaten zu vereinfachen,

haben die zuständigen Behörden der beiden Vertragsstaaten folgendes vereinbart:

**Artikel 1**

(1) In dieser Vereinbarung bedeuten die Ausdrücke

1. „Verordnung“  
die Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 des Rates über die Anwendung der Systeme der sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer und Selbständige sowie deren Familienangehörige, die innerhalb der Gemeinschaft zu- und abwandern, in der zwischen den beiden Vertragsstaaten jeweils geltenden Fassung;
2. „Durchführungsverordnung“  
die Verordnung (EWG) Nr. 574/72 des Rates über die Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 über die Anwendung der Systeme der sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer und Selbständige sowie deren Familienangehörige, die innerhalb der Gemeinschaft zu- und abwandern, in der zwischen den beiden Vertragsstaaten jeweils geltenden Fassung.

(2) In dieser Vereinbarung haben andere Ausdrücke die Bedeutung, die ihnen nach der Verordnung und der Durchführungsverordnung oder den innerstaatlichen Rechtsvorschriften zukommt.

\*) IdF BGBl. Nr. 125/1994

## Artikel 2

(1) Abweichend von Artikel 93 Absätze 1 bis 5 der Durchführungsverordnung wird zwischen den beiden Vertragsstaaten auf eine Erstattung der Kosten der Sachleistungen verzichtet, die

- a) nach Artikel 19 Absatz 1 der Verordnung gewährt werden,
- b) nach Artikel 19 Absatz 2 der Verordnung an Familienangehörige gewährt werden, die im Gebiet desselben Staates wie der Arbeitnehmer oder Selbständige wohnen,
- c) nach Artikel 25 der Verordnung an Personen gewährt werden, die im Gebiet des betreffenden Staates wohnen,
- d) nach Artikel 29 der Verordnung gewährt werden und
- e) nach Artikel 52 der Verordnung gewährt werden.

(2) Abweichend von Artikel 94 Absätze 1 bis 5 der Durchführungsverordnung wird zwischen den beiden Vertragsstaaten auf eine Erstattung der Kosten der Sachleistungen verzichtet, die nach Artikel 19 Absatz 2 der Verordnung an Familienangehörige gewährt werden, die nicht im Gebiet desselben Staates wie der Arbeitnehmer oder Selbständige wohnen.

(4) Die einem österreichischen Krankenversicherungsträger durch die Gewährung von Sachleistungen, für welche nach den Absätzen 1 und 2 auf eine Kostenerstattung verzichtet wird, erwachsenen Kosten sind diesem Krankenversicherungsträger durch die österreichische Verbindungsstelle jährlich zu erstatten. Der von der österreichischen Verbindungsstelle in den Fällen der Absätze 1 und 2 gezahlte Betrag ist dieser durch die österreichischen Krankenversicherungsträger entsprechend der durchschnittlichen Anzahl der Personen zu erstatten, die bei den in Betracht kommenden Trägern in dem Jahr vor jenem Jahr, für das die Kostenerstattung geleistet wird, jeweils versichert waren. Diese Umverteilung erfolgt durch die österreichische Verbindungsstelle.

## Artikel 3

(1) Abweichend von Artikel 93 Absätze 1 bis 5 der Durchführungsverordnung sind die Kosten der Sachleistungen, die nach Artikel 22 Absatz 1 Buchstabe a Ziffer i, Artikel 22 Absatz 3 hinsichtlich der entsprechenden Anwendung des Artikels 22 Absatz 1 Buchstabe a Ziffer i, Artikel 31 Buchstabe a und Artikel 55 Absatz 1 Buchstabe a Ziffer i der Verordnung durch den Träger des Aufenthaltsortes im Vereinigten Königreich gewährt werden, durch einen jährlichen Pauschbetrag zu erstatten, der wie folgt zu errechnen ist:

- a) Die durchschnittlichen Kosten für einen Aufenthaltstag sind
  - i) mit der Anzahl der Personen, die von Österreich ins Vereinigte Königreich gekommen sind, und
  - ii) mit der durchschnittlichen Aufenthaltsdauer der Personen, die von Österreich ins Vereinigte Königreich in dem in Betracht kommenden Jahr gekommen sind, zu vervielfachen.
- b) Die durchschnittlichen Kosten für einen Aufenthaltstag sind fünf vom Hundert der durchschnittlichen täglichen Kosten pro Person der vom Vereinigten Königreich gewährten Leistungen, welche auf Grund der Daten zu berechnen sind, die vom Vereinigten Königreich für die Anwendung der Artikel 94 und 95 der Durchführungsverordnung vorgelegt wurden.
- c) Die Anzahl der Personen, die ins Vereinigte Königreich gekommen sind, und die durchschnittliche Aufenthaltsdauer im Vereinigten Königreich ist aus den vom Ministerium für Beschäftigung des Vereinigten Königreiches geführten Statistiken zu errechnen.

(2) Die Kostenerstattung nach Absatz 1 erfolgt durch die österreichische Verbindungsstelle. Der von der österreichischen Verbindungsstelle gezahlte Betrag ist dieser durch die österreichischen Krankenversicherungsträger, die als zuständiger Träger in Betracht kommen, entsprechend der durchschnittlichen Anzahl der Personen zu erstatten, die bei den in Betracht kommenden Trägern in dem Jahr vor jenem Jahr, für das die Kostenerstattung geleistet wird, jeweils versichert waren. Diese Umverteilung erfolgt durch die österreichische Verbindungsstelle.

## Artikel 4

Abweichend von Artikel 93 Absätze 1 bis 5 der Durchführungsverordnung erstatten die zuständigen Träger die Kosten der Sachleistungen, die den im anderen Vertragsstaat wohnenden Rentenantragstellern, deren Familienangehörigen oder Hinterbliebenen nach Artikel 26 der Verordnung gewährt werden, auf der Grundlage des nach Artikel 95 der Durchführungsverordnung errechneten Pauschbetrages.

#### Artikel 5

(1) Abweichend von Artikel 93 Absätze 1 bis 5 der Durchführungsverordnung erstattet der zuständige Träger des Vereinigten Königreiches in jenen Fällen, in denen Artikel 2 Absatz 1 oder Artikel 4 nicht anzuwenden ist, die Kosten der durch die Träger des Aufenthalts- oder Wohnorts in Österreich gewährten Heilmittel durch den innerstaatlich in Österreich für die Leistungsaushilfe der Krankenversicherungsträger untereinander geltenden Pauschbetrag für Pensionisten und deren Familienangehörige beziehungsweise für sonstige Versicherte und deren Familienangehörige je Kalendervierteljahr.

(2) Der Pauschbetrag nach Absatz 1 gilt so lange, als er auch bei Leistungsaushilfe der österreichischen Krankenversicherungsträger untereinander anzuwenden ist. Haben die österreichischen Krankenversicherungsträger von einem bestimmten Tag an einen anderen Pauschbetrag anzuwenden, teilt dies die österreichische Verbindungsstelle der Verbindungsstelle des Vereinigten Königreiches unverzüglich mit. Der neu festgesetzte Pauschbetrag gilt mit Wirkung von dem Tag an als vereinbart, ab dem der Pauschbetrag in Österreich angewendet wird.

#### Artikel 6

(1) Abweichend von Artikel 93 Absätze 1 bis 5 der Durchführungsverordnung erstattet der zuständige Träger des Vereinigten Königreiches in jenen Fällen, in denen Artikel 2 Absatz 1 oder Artikel 4 nicht anzuwenden ist, bei Anstaltspflege in Österreich einen Pauschbetrag. Dieser nach Absatz 2 zu berechnende Pauschbetrag tritt an die Stelle der vorläufigen und endgültigen Pflegegebührenersätze sowie der vorläufigen und endgültigen Zuschläge auf Grund des Beitrages der österreichischen Versicherungsträger an den Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds (KRAZAF-Zuschlag).

(2) Die für das in Betracht kommende Jahr anzuwendenden vorläufigen Pflegegebührenersätze sind mit jenem Hundertsatz zu erhöhen, der sich aus der Erhöhung oder Verminderung des vorläufigen Hundertsatzes des KRAZAF-Zuschlages um den Hundertsatz ergibt, der der Differenz zwischen den vorläufigen und endgültigen Pflegegebührenersätze sowie den vorläufigen und endgültigen KRAZAF-Zuschlägen des zweitvorangegangenen Kalenderjahres entspricht.

#### Artikel 7

Auf die Erstattung der im Artikel 105 Absatz 1 der Durchführungsverordnung genannten Kosten der verwaltungsmäßigen und ärztlichen Kontrolle wird zwischen den beiden Vertragsstaaten verzichtet.

#### Artikel 8

In jenen Fällen, in denen anstelle der nach Artikel 93 Absätze 1 bis 5 der Durchführungsverordnung vorgesehenen Erstattung in Höhe des tatsächlichen Betrages nach Artikel 2 Absatz 1 ein Verzicht auf Kostenerstattung oder nach Artikel 4 eine Erstattung durch Pauschbeträge festgelegt ist, gilt der Träger des Wohnortes der in Betracht kommenden Person hinsichtlich dieser Person als zuständiger Träger. Im Falle des Artikels 26 der Verordnung gilt dies auch für Familienangehörige, die außerhalb dieses Vertragsstaates wohnen.

#### Artikel 9

(1) Diese Vereinbarung tritt an dem Tag in Kraft, an dem die Verordnung im Verhältnis zwischen Österreich und dem Vereinigten Königreich in Kraft tritt.

(2) Diese Vereinbarung wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Jeder Vertragsstaat kann sie unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten schriftlich kündigen.

Geschehen zu Brüssel, am 30. November 1994 in zwei Urschriften in deutscher und englischer Sprache, wobei beide Texte in gleicher Weise authentisch sind.

Für den Bundesminister für Arbeit und Soziales:

**Dr. Helmut Siedl**

Für den Bundesminister für Umwelt, Jugend und Familie:

**Dr. Heinz Wittmann**

Für den Minister für Gesundheit:

**Peter McConn**

**ARRANGEMENT****BETWEEN THE COMPETENT AUTHORITIES OF THE REPUBLIC OF AUSTRIA  
AND THE UNITED KINGDOM OF GREAT BRITAIN AND NORTHERN IRELAND  
ON REIMBURSEMENT OF COSTS IN THE FIELD OF SOCIAL SECURITY**

Referring to Articles 36 (3) and 63 (3) of Regulation (EEC) No. 1408/71 and to Article 105 (2) of Regulation (EEC) No. 574/72,

in order to facilitate the settlement of accounts between the institutions of the two Contracting Parties,

the competent authorities of the two Contracting Parties have decided as follows:

**Paragraph 1**

(1) For the purposes of this Arrangement,

1. "Regulation" means the Regulation (EEC) No. 1408/71 of the Council on the application of social security schemes to employed persons, to self-employed persons and to members of their families moving within the Community as applicable between the two Contracting Parties from time to time;
2. "Implementing Regulation" means the Regulation (EEC) No. 574/72 of the Council laying down the procedure for implementing Regulation (EEC) No. 1408/71 on the application of social security schemes to employed persons, to self-employed persons and to members of their families moving within the Community as applicable between the two Contracting Parties from time to time.

(2) Other words and expressions which are used in this Arrangement have the meanings respectively assigned to them in the Regulation, the Implementing Regulation or the national legislation as the case may be.

**Paragraph 2**

(1) Notwithstanding Article 93 (1) to (5) of the Implementing Regulation the reimbursement of the costs of benefits in kind granted

- (a) under Article 19 (1) of the Regulation,
- (b) under Article 19 (2) of the Regulation to the members of the family of an employed or self-employed person who are residing in the territory of the same state as the person concerned,
- (c) under Article 25 of the Regulation to persons who are residing in the territory of the state concerned,
- (d) under Article 29 of the Regulation and
- (e) under Article 52 of the Regulation

will be waived between the two Contracting Parties.

(2) Notwithstanding Article 94 (1) to (5) of the Implementing Regulation the reimbursement of benefits in kind granted under Article 19 (2) of the Regulation to the members of the family of an employed or self-employed person who are not residing in the territory of the same state as the person concerned will be waived between the two Contracting Parties.

(3) The costs incurred by an Austrian sickness insurance institution by granting benefits in kind for which reimbursement is waived under sub-paragraphs 1 and 2 of this Paragraph will be reimbursed to this sickness insurance institution by the Austrian liaison body on a yearly basis. The amount paid by the Austrian liaison body in the cases mentioned under sub-paragraphs 1 and 2 of this Paragraph will be refunded to this body by the Austrian sickness insurance institutions according to the average number of persons insured with the relevant institution in the year before the year for which the reimbursement is made. This apportionment will be effected by the Austrian liaison body.

**Paragraph 3**

(1) Notwithstanding Article 93 (1) to (5) of the Implementing Regulation the costs of benefits in kind provided under Article 22 (1) (a) (i), Article 22 (3) as applied to Article 22 (1) (a) (i), Article 31 (a) and Article 55 (1) (a) (i) of the Regulation by the institution of the place of stay in the United Kingdom will be reimbursed by means of an annual lump sum which will be calculated as follows:

- (a) The average cost per visitor day will be multiplied
  - i) by the number of visitors from Austria to the United Kingdom and
  - ii) by the average length of stay of visitors from Austria to the United Kingdom for the year in question.

- (b) The average cost per visitor day will be five per cent of the average daily cost per person of the benefits provided by the United Kingdom, which will be calculated from data presented by the United Kingdom for the purposes of Articles 94 and 95 of the Implementing Regulation.
- (c) The number of visitors and the average length of stay in the United Kingdom will be derived from statistics maintained by the Employment Department of the United Kingdom.

(2) The reimbursement under sub-paragraph 1 of this Paragraph will be effected by the Austrian liaison body. The amount paid by the Austrian liaison body will be refunded to this body by the Austrian sickness insurance institutions which might be competent institutions according to the average number of persons insured with the relevant institution in the year before the year for which the reimbursement is made. This apportionment will be effected by the Austrian liaison body.

#### **Paragraph 4**

Notwithstanding Article 93 (1) to (5) of the Implementing Regulation the competent institutions will reimburse the costs of benefits in kind granted under Article 26 of the Regulation to pension claimants resident in the other Contracting Party, to their members of the family or survivors on the basis of the lump sum calculated in accordance with Article 95 of the Implementing Regulation.

#### **Paragraph 5**

(1) Notwithstanding Article 93 (1) to (5) of the Implementing Regulation and except where the provisions of Paragraph 2 sub-paragraph 1 or Paragraph 4 apply, the competent institution of the United Kingdom will reimburse the costs of pharmaceutical supplies provided by the Austrian institution of the place of stay or residence by means of the lump sum which is applicable between the Austrian sickness insurance institutions for pensioners and their members of the family or for other insured persons and their members of the family in a three months period.

(2) The lump sum mentioned under sub-paragraph 1 of this Paragraph will be valid as long as it is applicable for the refund between the Austrian sickness insurance institutions. Should the Austrian sickness insurance institutions have to apply another lump sum the Austrian liaison body will inform the liaison body of the United Kingdom without delay. The new lump sum will be applied as from the date of its application in Austria.

#### **Paragraph 6**

(1) Notwithstanding Article 93 (1) to (5) of the Implementing Regulation and except where the provisions of Paragraph 2 sub-paragraph 1 or Paragraph 4 apply, the competent institution of the United Kingdom will reimburse a lump sum for hospital treatment in Austria. This lump sum calculated as set out in sub-paragraph 2 below will replace the provisional and final cost refunds of hospital care as well as the provisional and final increments because of the contribution of Austrian insurance institutions to the hospital-cooperation-fund (KRAZAF-increments).

(2) The provisional cost refunds of hospital care for the relevant year will be increased by that percentage which results from the increase or the decrease of the provisional percentage of the KRAZAF-increments by the percentage which corresponds to the difference between the provisional and final cost refunds of hospital care as well as the provisional and final KRAZAF-increments of the calendar year before the preceding year.

#### **Paragraph 7**

Reimbursement of the costs of administrative checks and medical examinations referred to in Article 105 (1) of the Implementing Regulation will be waived between the two Contracting Parties.

#### **Paragraph 8**

In the cases in which under Paragraph 2 sub-paragraph 1 a waiver of reimbursement is provided or in the cases in which under Paragraph 4 a cost refund by means of a lump sum is provided instead of the actual amount as provided under Article 93 (1) to (5) of the Implementing Regulation the institution of the place of residence of the person concerned shall be considered the competent institution in relation to that person. In the case of Article 26 of the Regulation this applies also to members of the family who reside outside the territory of that Contracting Party.

#### **Paragraph 9**

(1) This Arrangement will come into effect on the same day as the Regulation becomes applicable between Austria and the United Kingdom.

(2) This Arrangement will continue to have effect for an indefinite period. Either Contracting Party may terminate it by giving six months notice in writing to the other Party to that effect.

Signed at Brussels, on 30 November 1994 in duplicate in the German and English languages, both texts having equal validity.

For the Federal Minister for Labour and Social Affairs:

**Dr. Helmut Siedl**

For the Federal Minister for the Environment, Youth and Family:

**Dr. Heinz Wittmann**

For the Secretary of State for Health:

**Peter McConn**

Die Vereinbarung ist gemäß ihrem Art. 9 Abs. 1 mit 1. Jänner 1994 in Kraft getreten.

**Vranitzky**